

**Protokoll
über die 41. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen am 10.05.2007**

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:10 Uhr
Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, Raum 6.046 (Aufzug D)

Anwesenheit

Vorsitzender

Sembritzki, Erika Fraktion Die Linkspartei.PDS

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Bank, Sabine Dr. Fraktion Unabhängige Bürger

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Klammt, Johannes Prof. Dr. Dr. CDU-Fraktion und Liberale

ordentliche Mitglieder

Bemann, Annegret SPD-Fraktion
Brill, Anna Fraktion Die Linkspartei.PDS
Riedel, Georg-Christian CDU-Fraktion und Liberale
Woywode, Robert CDU-Fraktion und Liberale

stellvertretende Mitglieder

Berger, Sabine Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Marksteiner, Klaus Fraktion Die Linkspartei.PDS
Meslien, Daniel SPD-Fraktion
Schulz, Andreas Fraktion Die Linkspartei.PDS

beratende Mitglieder

Baumotte, Peter
Pawlitzok, Heinz

Verwaltung

Block, Steffen
Junghans, Hermann
Nagengast, Renate
Steinbart, Sabine
Winter, Annika
Wolf, Josef Dr.

Leitung: Erika Sembritzki

Schriftführer: Achim Selke

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsniederschriften (öffentlicher Teil)
 - 2.1. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 39. Sitzung vom 22.03.2007 (öffentlicher Teil)
 - 2.2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 40. Sitzung vom 11.04.2007 (öffentlicher Teil)
3. Mitteilungen der Verwaltung
4. Ständiger Tagesordnungspunkt: Umsetzung des SGB II
Darstellung der aktuellen Situation (Zielvereinbarung, Haushalt der ARGE, Arbeitsmarktdaten);
eingeladen: GF Herr Gerth
5. Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)
 - 5.1. WGS - Wohnungsgesellschaft Schwerin mbH - städtische
Eigengesellschaft
Hier: Stärkung der wirtschaftlichen Leistungskraft der WGS
Vorlage: 01565/2007
 - 5.2. Information zum Stand der Umsetzung des Gesetzes über die Funktional-
und Kreisstrukturreform des Landes Mecklenburg-Vorpommern
Vorlage: 01436/2006
6. Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)
 - 6.1. Gleiche Förderbedingungen für die Jugend- und Seniorenarbeit im
Stadtteilzentrum Krebsförden
Vorlage: 01526/2007
 - 6.2. Keine Teil- oder Vollprivatisierung der WGS mbH
Vorlage: 01425/2006

7. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

Bemerkungen:

Die Ausschussvorsitzende, Frau Sembritzki, eröffnet die 41. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen, begrüßt die Ausschussmitglieder, sowie die Vertreter der Verwaltung und die Gäste. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt und die Tagesordnung festgesetzt.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 2 **Bestätigung der Sitzungsniederschriften (öffentlicher Teil)**

zu 2.1 **Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 39. Sitzung vom 22.03.2007 (öffentlicher Teil)**

Beschluss:

Die Sitzungsniederschrift wird einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 2.2 **Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 40. Sitzung vom 11.04.2007 (öffentlicher Teil)**

Beschluss:

Die Sitzungsniederschrift wird bei einer Enthaltung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

Bemerkungen:

Herr Junghans berichtet, dass durch das Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern der Haushalt der Landeshauptstadt Schwerin unter strengen Auflagen genehmigt wurde. Die Stadt ist verpflichtet, im Rahmen eines Nachtragshaushaltes bis spätestens September 2007 ein Einsparvolumen in Höhe von 13 Millionen Euro gegenüber der ursprünglichen Planung aufzuzeigen.

Der Landesrechnungshof hat die Richtlinie zur Höhe der Kosten der Unterkunft für Leistungsberechtigte nach dem Sozialgesetzbuch II kritisiert. Unter Berücksichtigung der Hinweise des Landesrechnungshofes wird eine Harmonisierung der Richtlinien zu dieser Problematik mit den umliegenden Landkreisen angestrebt.

Die Vorlage 01556/2007, Förderung von sozialen Betreuungs- und Beratungsdiensten, wird am 15.05.2007 in der Dezernentenberatung behandelt. Voraussichtlich wird eine Überarbeitung der Vorlage erforderlich. Herr Block weist darauf hin, dass Änderungen der Vorlage nur in Absprache mit der zu diesem Thema berufenen Arbeitsgruppe vorgenommen werden.

**zu 4 Ständiger Tagesordnungspunkt: Umsetzung des SGB II
Darstellung der aktuellen Situation (Zielvereinbarung, Haushalt der ARGE, Arbeitsmarktdaten);
eingeladen: GF Herr Gerth**

Bemerkungen:

Herr Gerth führt umfangreich zur Thematik aus. Insbesondere berichtet er über höhere Ausgaben im Bereich des „Sozialgeldes“, Gründe hierfür sind die gestiegene Zahl der anspruchsberechtigten Kinder und die Anpassung dieser Leistung an das bisherige Westniveau. Insgesamt erhalten derzeit ca. 18.000 Personen in Schwerin diese Leistung.

Hierin enthalten ist eine steigende Anzahl Berufstätiger, deren Einkommen zur Sicherstellung des Lebensunterhaltes nicht ausreichend ist und die daher ergänzende Leistungen des SGB II erhalten.

Als problematisch wird die Gruppe der jugendlichen Bewerber unter 25 Jahren eingeschätzt. Für diesen Personenkreis werden zahlreiche motivationsfördernde Angebote gemacht.

Auf Nachfrage erläutert Herr Gerth, dass es derzeit in Schwerin ca. 1000 freie Stellen gibt. Es handelt sich ganz überwiegend um Angebote aus den Bereichen Zeitarbeit und Call-Center, Angebote aus dem verarbeitenden Gewerbe liegen kaum vor.

Beschluss:

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

zu 5 Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)

**zu 5.1 WGS - Wohnungsgesellschaft Schwerin mbH - städtische Eigengesellschaft
Hier: Stärkung der wirtschaftlichen Leistungskraft der WGS
Vorlage: 01565/2007**

Bemerkungen:

Herr Dr. Wolf stellt die Vorlage als das Ergebnis eines insgesamt einjährigen Abstimmungsprozesses aller Beteiligten vor.

Nachdem eine vollständige Veräußerung der WGS nicht mehr zur Diskussion steht, sieht die Vorlage nunmehr zwei mögliche Varianten vor. Sowohl für einen Kauf von 49 % als Minderheitenbeteiligung als auch für einen Kauf von 5000 Wohnungen aus dem Gesamtbestand gibt es Interessenten.

Herr Wolf führt umfangreich zu verschiedenen Möglichkeiten des Umgangs mit einem möglichen Verkaufserlös aus.

Eine wirtschaftliche Stärkung der WGS würde deren Handlungsfähigkeit in Bezug auf Stadtentwicklung und Stadtbau deutlich verbessern. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung besteht in diesen Bereichen auch seitens der Wohnungsunternehmen Handlungsbedarf.

Sowohl die Ausschussvorsitzende Frau Sembritzki als auch Frau Brill stellen die Position ihrer Fraktion Die Linkspartei PDS zu der Vorlage dar. Sie wenden sich gegen jede Form des Verkaufes der WGS oder Teilen davon, da dann steigende Mieten zu erwarten seien, die rechtliche Position der Mieter unsicherer würde und die Steuerungsmöglichkeiten der Stadt geschwächt wären.

Der Ausschuss einigt sich anschließend darauf, über die Vorlage abzustimmen und unmittelbar im Anschluss ebenfalls die unter TOP 6.1 eingebrachte Vorlage zu beschließen

Beschluss:

Der Ausschuss lehnt folgenden Beschlussvorschlag ab:

1. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, zur Stärkung der wirtschaftlichen Leistungskraft der WGS, zunächst vorrangig mit der Option einer Minderheitsbeteiligung bis zu 49 % als auch nachrangig der Option des Verkaufs eines Teilportfolios über 5000 Wohneinheiten Verkaufsverhandlungen fortzusetzen.
2. Den Kriterien für die Bewertung und den Vergleich der Angebote der Kaufinteressenten wie folgt wird zugestimmt:
 - Stärkung der wirtschaftlichen Leistungskraft der WGS und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit
 - Nachweis eines längerfristigen wohnungswirtschaftlichen Engagement
 - Zügige Auflösung des Modernisierungs- und Instandhaltungsstaus der WGS
 - Bestandsschutz für das Unternehmen am Standort Schwerin
 - Wahrung der Einflussnahme der LHSN auf sozial- und wohnungspolitische Ziele der WGS

- Wahrung der Mieterinteressen
 - Wahrung der städtebaulichen Ziele der LHSN
 - Höhe des monetären Beitrags für den kommunalen Haushalt (Kaufpreis/Eigenkapitalverzinsung p.a.)
 - Minimierung des finanziellen Risikos der LHSN (verbürgte Darlehen)
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, das Verkaufsverfahren nach Auswertung der indikativen Angebote auf die Option zu beschränken, die die Kriterien gemäß Beschlusspunkt 1 am besten erfüllt und die Verkaufsverhandlungen mit den Bietern für die ausgewählte Option abschlussreif zu Ende zu führen.
 4. Die endgültig verhandelten Verträge sind der Stadtvertretung abschließend zur Entscheidung vorzulegen.
 5. Das Verfahren wird von einem Beirat begleitet. Der Beirat wird ermächtigt, im Auftrag der LHSN und in Abstimmung mit der WGS die Ausschreibung für die externe Beratung durchzuführen und die Vergabe vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	5
Enthaltung:	0

**zu 5.2 Information zum Stand der Umsetzung des Gesetzes über die Funktional- und Kreisstrukturreform des Landes Mecklenburg-Vorpommern
Vorlage: 01436/2006**

Bemerkungen:

Herr Junghans verweist auf das derzeit anhängige Klageverfahren. Das Urteil in diesem Verfahren wird spätestens am 26.07.2007 ergehen und bleibt zunächst abzuwarten.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zur Kenntnis.

zu 6 Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)

**zu 6.1 Gleiche Förderbedingungen für die Jugend- und Seniorenarbeit im Stadtteilzentrum Krebsförden
Vorlage: 01526/2007**

Bemerkungen:

Herr Junghans macht auf den Zusammenhang dieser Vorlage mit der Förderung von Beratungs- und Betreuungsangeboten insgesamt aufmerksam. Hier sind noch weitere Absprachen notwendig, deshalb kann zur Vorlage inhaltlich derzeit keine klare Aussage getroffen werden.

Herr Woywode stellt dar, dass es nicht um eine Angleichung der Höhe der Förderung sondern um die Angleichung des Förderzeitraumes geht.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zur Kenntnis.

**zu 6.2 Keine Teil- oder Vollprivatisierung der WGS mbH
Vorlage: 01425/2006**

Bemerkungen:

Diese Vorlage wurde unter TOP 5.1 behandelt und beschlossen.

Beschluss:

Der Ausschuss lehnt folgenden Beschlussvorschlag ab:

„Die Stadtvertretung möge beschließen:
Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, keine weiteren Aktivitäten zum Voll- bzw. Teilverkauf der WGS mbH zu unternehmen und der Stadtvertretung **keinen Grundsatzbeschluss vorzulegen.**“

Die Verkäufe der im Unternehmenssicherungskonzept vorgesehener Objekte sind davon nicht betroffen.“

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	2
Nein-Stimmen:	7
Enthaltung:	0

zu 7 Sonstiges

Bemerkungen:

Es lagen keine Themen vor.

gez. Erika Sembritzki

Vorsitzende/r

gez. Achim Selke

Protokollführer